Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 80 (1986)

Heft: 7-8

Artikel: Die Opfer werden zu Schuldigen gemacht : Hintergründe der Fluchtbewegungen

Autor: Dok, Geert van

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143275

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Geert van Dok

Die Opfer werden zu Schuldigen gemacht
Hintergründe der Fluchtbewegungen

Inzwischen sind es zwei beschlossene Sachen: Zum einen wurde die zweite Revision des Asylgesetzes parlamentarisch abgesegnet, andererseits werden die Referenden gegen die Teilrevisionen von Asylgesetz und ANAG (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) ergriffen.

Mit dem Gerede über die Grenzen der Aufnahmekapazität und die Effizienz des Asylverfahrens sowie mit der peinlichen und die Asylbewerber beleidigenden Unterscheidungen von «echtem» und «unechtem» Flüchtling konnte der Bürgerblock seine eigene Fremdenfeindlichkeit nur sehr dürftig verdecken. Ihm soll mit dem Referendum gezeigt werden, dass viele Schweizerinnen und Schweizer diese Politik nicht widerspruchslos hinnehmen wollen und sich unter dem «Asylland Schweiz» etwas anderes vorstellen. Das ist gut so!

Und doch: Warum dieses Referendum? Die heutige Praxis der Asylpolitik ist kaum mehr zu verschlechtern. Was von der verantwortlichen Bundesrätin Kopp auf Verordnungsebene (also auf der Grundlage des heutigen Gesetzes!) in letzter Zeit eingebracht und anschliessend vollzogen wurde, ist schon schlimm genug. Die jetzt beschlossenen Verschärfungen sind zwar zu verurteilen, aber wir sollten im Hinblick auf das Referendum mit mehr und mit anderen Argumenten fechten als mit der teilweisen Kantonalisierung des Verfahrens, den Grenzstellen und der Ausschaffungshaft. Denn wenn die Behörden eine Abschreckungspolitik (nennen wir sie einmal «unechte Asylpolitik») betreiben wollen, dann betreiben sie diese, ob mit oder ohne Revision des Asylgesetzes.

Wir sollten eine Diskussion in Gang bringen, die über die mögliche Abstimmungsniederlage hinausführt. Die Ursachen der Fluchtbewegungen, deren Hintergründe, sollten wir aufzeigen und dadurch den Nachweis erbringen, dass mit einer Verschärfung des Asylgesetzes den Problemen in keiner Weise beizukommen ist, dass wir vielleicht die Flüchtlingsströme kurzfristig umlenken können, dass aber weiterhin neue Gruppen aus neuen Krisengebieten kommen werden: Menschen, denen keine Alternative bleibt, wenn sie (über-)leben wollen. Ursachenbekämpfung ist heute selbstverständlich, nur nicht in der Asylpolitik.

Folgenden Fragen soll hier nachgegangen werden: Was sind das heute für Menschen, die fliehen müssen? Warum müssen sie fliehen? Wer und was ist dafür verantwortlich?

«Flüchtling»: ein Begriff ist überholt

Wann immer wir heute über Flüchtlinge sprechen, denken wir an gefolterte, zumindest eingekerkerte politische Aktivisten, an Verfolgte, wie sie uns noch aus der (traumatischen) Erfahrung des letzten Weltkrieges sowie des anschliessenden Kalten Krieges in Erinnerung sind. Wer den Konzentrationslagern, den Folterkammern oder den Gefängnissen entronnen ist, oder wer vor einem totalitären Regime flieht, der ist ein «echter» Flüchtling.

Dieser Begriff des «echten» Flüchtlings prägte die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 und die

UNO-Konvention von 1951. Er bildete auch den Ausgangspunkt für Artikel 3 des schweizerischen Asylgesetzes (1979/1983):

1) Flüchtlinge sind Ausländer, die in ihrem Heimatstaat oder im Land, wo sie zuletzt wohnten, wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Anschauungen ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden.

2) Als ernsthafte Nachteile gelten namentlich die Gefährdung von Leib, Leben oder Freiheit sowie Massnahmen, die einen unerträglichen psychischen Druck bewirken.

Bis vor nicht allzu langer Zeit war dieser Begriff durchaus operabel: 1956 Ungarn, 1968 CSSR, 1973 Chile und 1981/82 Polen sind Beispiele, wo die Definition noch genügte. Allerdings: Wer den Blick etwas über die europäischen Grenzen hinaus richtete, z.B. auf die Flüchtlingslager des UNHCR (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge) oder gar auf die Millionen Landflüchtlinge in der Dritten Welt, die sich in den Slums der Städte sammelten, der brachte das wohl kaum mit unserem Flüchtlingsbegriff zusammen. Menschen, die unverschuldet in wirtschaftliche Not geraten, die von ihrem Land verjagt werden, die nicht verhungern wollen, während auf ihren Feldern Gemüse oder Kaffee für die Industriestaaten angebaut werden, sind keine Flüchtlinge im Sinne von Artikel 3. Als wäre der Hungertod weniger schlimm als der politische Tod. Als hätten diese Menschen nicht das Recht, dem (nicht selbst verschuldeten) Elend zu entrinnen. Als seien im übrigen wirtschaftliche Not und politische Repression trennbar!

Unser Flüchtlingsbegriff klammert die Flucht vor wirtschaftlichem Elend bewusst aus. Das ist entlarvend: Wir wollen unsere Mitverantwortung nicht wahrnehmen, weil wir nicht bereit sind, auf die Privilegien zu verzichten, welche die Ausbeutung der Dritten Welt uns bietet.

Doch dieser Begriff taugt heute nicht mehr: Von den Millionen Flüchtlingen erdreisten sich einige wenige, auch nach Europa (und in die Schweiz) zu kommen. Nur eine kleine Minderheit allerdings: Von den 15 Millionen Flüchtlingen – wobei die Landflüchtlinge nicht mitgezählt sind und auch nicht die «Binnenvertriebenen» (UNO-Jargon für Flüchtlinge im eigenen Land) – leben nur etwa 0,7 Millionen in Europa (5 Prozent). Allein in den afrikanischen Staaten Somalia oder Sudan zählt man je soviele; in Iran sind es 1,9 Millionen, in Pakistan gar 2,5 Millionen, die in Flüchtlingslagern hausen. Es sind zudem nicht die Ärmsten, die hierher kommen, sondern eher Leute aus der Mittelschicht, Gebildete, dennoch auch sie Ausdruck der Ausbeutung der Dritten Welt.

Zu uns kommt also nur die Spitze des Eisbergs: Von den 300'000 Tamilen auf der Flucht ist nur gut 1 Prozent in der Schweiz; 135'000 aber sind als Flüchtlinge nach Südindien gegangen, 65'000 sind in Europa, Nordamerika, Australien etc., gut 100'000 sind Flüchtlinge im eigenen Land. (Diese Zahlen datieren von Ende 1985, es dürften heute mehr sein.)

Flüchtlingsströme: Symptom des Nord-Süd-Konflikts

Wenden wir uns nun den Ursachen des Flüchtlingselends zu, wobei ich mich auf die Fluchtbewegungen innerhalb und aus der Dritten Welt beschränke. Die Flüchtlinge aus den Oststaaten bleiben hier unerwähnt – sie haben ja auch nicht zur Asylabschreckungspolitik und zur Fremdenfeindlichkeit Anlass gegeben. Flucht vor dem Kommunismus passt allemal zur herrschenden Ideologie.

In der Dritten Welt können wir modellhaft zwei Entwicklungsstrategien unterscheiden: Staaten mit einem marktwirtschaftlichen und solche mit einem zentralistischen Kurs. Diese Unterscheidung gibt zwar die Realität nur vereinfacht wieder, da die meisten Drittwelt-

staaten Mischformen darstellen, mit der jeweiligen Priorität auf der einen der beiden Strategien. Die Vereinfachung ist für die nachfolgenden Überlegungen aber dennoch zulässig.

1. Marktwirtschaftlich orientierte Drittweltstaaten: Fluchtbewegung als Folge der Ausbeutung

Bei den Staaten, die sich der Doktrin der freien Marktwirtschaft verschrieben haben, handelt es sich um die klassischen Staaten des Südens. Hier kann der Neokolonialismus mehr oder weniger ungehemmt weiterwuchern; den Ausbeutungsmöglichkeiten sind kaum Schranken gesetzt. Diese Länder sind gekennzeichnet von einer monokulturellen Produktion für den Export, von riesigen Plantagen der grossen Nahrungsmittelkonzerne, von einer grossflächigen Abholzung der Wälder und von Raubbau an den eigenen Ressourcen. Ihre Ökonomien werfen Profite und – infolge einer gigantischen Verschuldung – Zinsen ab, die unseren Wohlstand mitfinanzieren, die Prosperität unserer Gesellschaft garantieren und auch die Millionen Arbeitslosen in den Industriestaaten existentiell sichern helfen – während für die Linderung der eigenen Arbeitslosigkeit nichts übrigbleibt.

Der Ausverkauf dieser Länder führt zu einem bekannten Bild: Grosse Teile der Bevölkerung sind verarmt und verarmen weiter, vor allem auch die ländlichen. Es findet eine umfassende soziale Desintegration statt. Landflucht, sei es an den Rand der Städte oder in Nachbarländer, ist seit Jahrzehnten die Folge. Eine kleine Oberschicht lebt zum Teil in unermesslichem Reichtum; es sind dies die Kompradoren, die Statthalter der Ausbeutung. Die Mittelschicht gerät mehr und mehr unter den Druck der wachsenden Wirtschaftskrise und Verschuldung, sofern sie nicht mit der herrschenden Clique kollaborieren kann.

Diese «Entwicklungsstrategie» – um den hier eher zynisch anmutenden Begriff zu verwenden – einer Wirtschaft der offenen Tür, eng verbunden mit extremen Klassengegensätzen, führt überall zu sozialen Spannungen. Es kommt zu Protesten und Unruhen. Mit dem Widerstand wächst aber auch die Repression. Ohne irgendein Rezept, der Verelendung beizukommen oder die Unzufriedenheit zu dämpfen, bleibt der herrschenden Klasse nur der Weg der Gewalt. Nicht selten ist es das Militär selbst, das für Ruhe – oder eben Grabesruhe – sorgt. Innerhalb der letzten 20 Jahre hat sich die Anzahl der Militärregimes verfünffacht: 1983 wurden 50 Staaten der Dritten Welt von Militärs regiert (1965 waren es 10). Doch auch in vielen Drittweltstaaten mit zivilen Regierungen beherrschen militärische Einsatzkommandos, Todesschwadronen und Polizei die Szene.

So ist es kein Zufall, dass die meisten Herkunftsländer der Flüchtlingsgruppen in der Schweiz Diktaturen sind, wie z.B. Chile, Zaire und die Türkei, um die wichtigsten zu nennen, oder nahe dran sind, eine zu werden, wie Sri Lanka.

Doch der Repression gelingt es selten, der Unruhen, die aus sozialen Spannungen hervorgehen, Herr zu werden. Überall kommt es zu Kriegen. Der Politologe K.J. Gantzel hat nachgewiesen, dass seit 1976 jährlich ca. 30 Kriege im Gange sind. Die meisten davon finden in der Dritten Welt statt und werden hier als innerstaatliche Kriege bzw. Bürgerkriege ausgetragen. Nicht immer sind die Gründe der Auseinandersetzungen einsichtig. So gibt es heute wohl kaum jemanden, der begreift, was im Libanon vor sich geht, wer warum mit wem gegen wen kämpft.

Die Staaten der Dritten Welt geben heute jährlich gegen 200 Milliarden Dollar für militärische Zwecke aus. Das entspricht ca. 25 Prozent der weltweiten Ausgaben und bedeutet eine drastische Erhöhung in den letzten 30 Jahren. 1955

waren es noch 25 Milliarden oder 10 Prozent.

Teile der Mittelschicht, die wegen der Wirtschaftskrise einer wachsenden Verarmung unterliegen und gegen die das repressive Klima sich drastisch verschärft, werden zur Flucht gezwungen; sie aber fliehen in die Industriestaaten.

Das Beispiel Sri Lanka

Dies lässt sich auch im Fall der tamilischen Flüchtlinge aus Sri Lanka zeigen. Die Medien beschränken sich zumeist darauf, den dortigen Krieg als einen ethnischen Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen darzustellen, gegebenenfalls noch als einen Krieg zwischen den separatistischen Bewegungen und der Regierung in Colombo. Doch dahinter steht einerseits eine seit langem anhaltende Strategie des singhalesischen Kleinbürgertums, seiner Benachteiligung in der Wirtschaft Sri Lankas aufgrund der mangelnden westlichen Ausbildung und der Diskriminierung in der Dekolonisationsphase entgegenzutreten und gleichzeitig die Dominanz der Tamilen zurückzudrängen. Den Anfang machte 1956 die singhalesisch-buddhistische Kampagne der Sri Lanka Freedom Party (SLFP) unter Bandaranaike, die, geprägt von extrem chauvinistischer Propaganda, den Wahlsieg davontrug und mit einer sukzessiven Diskriminierung der Tamilen in Wirtschaft und Verwaltung anfing.

Dazu kam ab 1977 die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung Jayawardene unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds. Die Rosskur des IWF bestand aus der Kürzung der Sozialausgaben, der Streichung der meisten Nahrungsmittelsubventionen und -rationen, der Öffnung der Grenzen für ausländisches Kapital – so angelte sich Nestlé den Markt für Milchprodukte –, also aus Programmen, die primär den oberen Schichten zugute kamen. Die Folge davon war eine dramatische Verarmung grosser Teile der Bevölkerung, vor allem auch der singhalesischen. Unmut, Unzufriedenheit und keimende Unruhe wurden von der singhalesischen Regierung auf ethnische Bahnen umgelenkt: Die Tamilen wurden für die Misere verantwortlich gemacht. Die Unruhen von 1977 richteten sich vor allem gegen die tamilischen Plantagenarbeiter, die Angriffe von 1983 galten den Tamilen im Süden, vor allem den tamilischen Händlern, Ladenbesitzern und Wirtschaftsvertretern in Colombo.

So findet hier die «Ethnisierung» eines primär ökonomischen Konfliktes statt. Die singhalesische Kleinbourgeoisie nutzt bestehende ethnische Unterschiede, um eine aus kolonialer Zeit stammende Benachteiligung zu beseitigen und an die Macht zu kommen; die Tamilen besinnen sich auf ethnische Kriterien, seit sie aus der Wirtschaft gedrängt werden, und fordern Autonomie bzw. einen eigenen Staat; die Regierung lenkt die aufkommende Unzufriedenheit gegenüber ihrer Wirtschaftspolitik in ethnische Bahnen. Der Konflikt eskaliert, die Fronten verhärten sich. Heute wird die Regierung die Geister, die sie rief, nicht mehr los. Die hohen Kosten des Krieges drängen das Land langsam an den Abgrund des finanziellen Zusammenbruchs; die anhaltende Erfolglosigkeit schwächt zudem die Verankerung der Regierung im Volk. Dass die tamilische Bevölkerung flieht, ist angesichts des Krieges nur logisch. Die meisten der armen Betroffenen fliehen in andere Regionen Sri Lankas oder nach Indien, die Mittelschichtsangehörigen suchen – wenn sie nicht im Kampf direkt engagiert sind – Zuflucht in den Industriestaaten.

2. Planwirtschaftlich orientierte Drittweltstaaten: Fluchtbewegung als Folge von Ideologiekontrolle und Entprivilegierung

Zum zweiten Systemtypus gehören jene Drittweltländer, die sich einer staatlich gelenkten Entwicklungsstrategie verschrieben haben. Zumeist sind es Staaten

mit einem sozialistischen Programm, das häufig in Anlehnung an die UdSSR entstanden ist. Oberstes Ziel dabei ist die Versorgung der ganzen Bevölkerung.

Diese Staaten fanden bei Erlangung der Unabhängigkeit eine Situation vor, die gekennzeichnet war von einer deformierten Wirtschafts- und Sozialstruktur aus der kolonialen bzw. neokolonialen Vergangenheit sowie von unerbittlichen wirtschaftlichen Ausbeutungsverhältnissen, deren Ausdruck unter anderem die ungerechten Preisstrukturen auf dem Weltmarkt, aber auch die Eigentumsverhältnisse und die massive Verschuldung sind. In diesem Rahmen war und ist der Spielraum, um die erwähnten Ziele zu erreichen, sehr eng. Nach dem vorgegebenen Muster der sozialistischen Planwirtschaften ist die Politik dieser Staaten geprägt von einem zentralistischen Kurs. Um die Versorgung der Bevölkerung und den Aufbau des Landes zu erreichen, setzt man auf nationale Planungskonzepte, gekoppelt mit einer Ideologie der nationalen Integration.

Das bedeutet umgekehrt, dass für die Interessen, Anliegen und Gewohnheiten einzelner Gruppen und Völker kein oder nur wenig Raum besteht. Die meisten dieser Länder üben eine starke Ideologiekontrolle aus. Die betroffenen Minderheiten aber wehren sich zum Teil gegen die nationalistischen Bestrebungen und wollen auf ihre Traditionen, ihre kulturelle Identität, ihre sozialen und wirtschaftlichen Strukturen oder auch auf ihre Privilegien nicht verzichten. Sie wehren sich gegen die Politik der Zentrale, welche ihrerseits auf Sonderwünsche nicht eingehen will oder kann, um die Pläne der nationalen Entwicklung nicht zu gefährden. Teile der oppositionellen Minderheiten leisten Widerstand, nicht selten kommt es zu kriegerischen Auseinandersetzungen und als Folge davon zu Fluchtbewegungen.

Als Beispiele wären zu nennen: die Chinesen in Vietnam, die von der Regierung bedrängt wurden und die ihre Privilegien nicht verlieren wollten; die Misquito-Indianer in Nicaragua, die sich der nationalen Entwicklungsstrategie der sandinistischen Regierung teilweise nicht unterordnen wollten und die zudem von der US-amerikanischen antisandinistischen Propagandamaschinerie zugunsten der rechtsextremen Contra missbraucht wurden und noch werden (wobei die Regierung Managuas ihre ausgeprägte Lern- und Korrekturfähigkeit gerade bei dem Misquito-Problem häufig unter Beweis stellte); die Völker Afghanistans, die Flüchtlinge aus Äthiopien etc.

Das Spektrum der Flüchtlingsgruppen aus diesen Ländern ist gross. Es kann sich um traditionelle Machtträger handeln, die mit Teilen ihrer Stammesuntertanen fliehen; um Bauern, welche die zentralistische Politik als nachteilig erfahren, z.B. wegen Umsiedlungen, ihnen nicht gemässen Kollektivierungen, Produktionsrichtlinien und -änderungen; um religiöse Gruppen, die auf ihre Traditionen nicht verzichten wollen, etc. Es können auch Teile der modernen Elite, der Gebildeten sein, die ihre Privilegien nicht der nationalen Entwicklung zuliebe aufgeben möchten. Sie fliehen dann sicherlich dorthin, wo sie ihre Privilegien zu erhalten hoffen: in die Industriestaaten.

Ein letztes Problem dieses Typs sei noch erwähnt: Die Machtträger kaschieren zum Teil mit der zentralistischen Entwicklungsstrategie ihre eigenen Machtansprüche; auf solche Weise kann eine – z.B. ethnische – Gruppe die anderen Gruppen diskriminieren, die Privilegien unter ihre eigenen Mitglieder verteilen und so entscheidend zu Fluchtbewegungen beitragen.

Das Engagement der Supermächte

Ein wesentlicher Aspekt, der grundsätzlich alle Länder der Dritten Welt betrifft oder bedroht, wurde bis hierhin ausser acht gelassen, ist aber entscheidend für das Verständnis der heutigen Flüchtlingssituation: das Engagement der Supermächte. Einfach gesagt: Wo immer

heute Fluchtbewegungen festgestellt werden, sind die Grossmächte nicht weit. Sri Lanka mag die einzige Ausnahme sein. Aufgrund ihrer ökonomischen und strategischen Interessen greifen sie an Krisenorten ein oder produzieren solche – die besten Beispiele dafür sind heute Afghanistan und Zentralamerika –, und dies führt dann zu einer Eskalation der Konfrontation. Seit 1945 zählt man weltweit 159 Kriege. Davon standen über ein Drittel direkt im Zeichen des Ost-West-Gegensatzes; in den meisten anderen Fällen hatten die USA oder die UdSSR ebenfalls ihre Hände im Spiel. In 43 Kriegen ausserhalb Europas waren zudem ehemalige europäische Kolonialmächte engagiert.

Dieses Engagement führt wiederum zu einer Eskalation der Fluchtbewegungen. Sind die Landfluchtbewegungen und sonstigen Migrationen aufgrund der Verarmung bereits Folge des Neokolonialismus, so werden noch einmal Millionen in die Flucht getrieben wegen des Eingreifens der USA, der UdSSR oder anderer.

Die jeweilige Gegenseite sieht dem genüsslich zu. Mehr noch: Durch ein bewusstes Schüren der chaotischen Zustände werden die Flüchtlingszahlen in die Höhe getrieben. Denn Flüchtlinge vor dem Feind lassen sich propagandistisch gut ausschlachten.

Die Flüchtlingslager in Pakistan z.B. werden grosszügig finanziert, derart grosszügig, dass viele Afghanen geradezu animiert werden zu fliehen. Es ist lukrativer, im Lager viele Hilfsgüter zu erhalten, als zuhause bescheiden zu leben. Die Ethnologin Vreni Müller-Tobler schreibt über ihre Erfahrungen in den Flüchtlingslagern Pakistans:

«Ein Teil von ihnen war schon lange vor der russischen Intervention nach Pakistan geflohen: Feudalherren, Stammesführer, Mullahs und gewöhnliche Männer, die sich mit ihren Abhängigen über die Grenze abgesetzt hatten, um sich von Pakistan aus gegen die Reformen der Zentralregierung in Kabul zu wehren und das sozialistische Entwicklungsprogramm zu torpedieren. (. . .) Viele unter ihnen betrogen zudem die eigenen Abhängigen und auch die internationalen Hilfsorganisationen: Bei der Verteilung der Hilfsgüter, die ich zu überwachen hatte, gaben sie eine weit grössere Zahl von Menschen an als die, über die sie tatsächlich verfügten. Und nicht einmal dann bekamen alle Abhängigen die ihnen zugedachten Rationen, weil ihre Führer stattdessen einen schwunghaften Handel damit betrieben.»

Die Boat-people Indochinas waren hervorragend geeignet, das amerikanische Vietnam-Trauma zu überwinden und die eigene Schuld zu relativieren. Man ist versucht zu sagen: Mit jedem Boot, das aufs Meer ging – und das gelegentlich auch unterging –, wurde die kommunistische Herrschaft schlimmer. Und die UdSSR kann umgekehrt dem psychotischen Propagandakrieg und der militärischen Aggression der USA in Zentralamerika händereibend zusehen. Jeder Dollar für die Contras und die Diktaturen in der Region entlarvt die eigentliche, rücksichtslose, imperialistische Politik Washingtons. Das kann dem Image der UdSSR in der Dritten Welt und Europa nur gut tun.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Flüchtlingsströme aus der Dritten Welt ein Symptom weltweiter Ausbeutungsverhältnisse im Nord-Süd-Konflikt sind, seien sie nun ein direktes Ergebnis davon, wie der erste Typ zeigt, oder seien sie die Folge des Versuchs, sich diesen Verhältnissen zu entziehen, wie im zweiten Fall. Die direkten Interventionen der Grossmächte dramatisieren die Situation zusätzlich.

Ist dem so, dann lässt sich auch prognostizieren, dass in der Dritten Welt immer wieder neue Konfliktherde eskalieren und neue Fluchtbewegungen einsetzen werden. Die armen Bevölkerungsgruppen werden in die Nachbarländer,

viele Angehörige der Mittelschicht aber in die Industriestaaten fliehen.

Die Forderung nach einer «echten» Asylpolitik

Damit sind wir wieder bei der Asylpolitik angelangt. Da die Flüchtlinge aus der Dritten Welt Symptome sind, kann die Asylpolitik im besten Fall auch nur Symptombekämpfung sein – wenn man sie so betreibt, wie es heute die europäischen Länder tun.

Man kann so die Flüchtlingsströme kurzfristig zwar umlenken, längerfristig aber nicht abhalten. Es sollte jedoch das Ziel der schweizerischen Politik sein, die Ursachen der Flucht zu bekämpfen. Aber dies würde bedeuten, die eigene Rolle in der Weltwirtschafts-Unordnung zu hinterfragen. Was nützen asylpolitische Pflästerchen zum Heilen einer Wunde, erst recht, wenn man diese selber permanent von neuem infiziert.

Stellen wir der «unechten» Asylpolitik der Regierung die Forderung nach einer «echten» Asylpolitik entgegen! Diese muss präventiv sein, d.h. sie muss die Ursachen der Fluchtbewegungen bekämpfen; sie darf nicht isoliert werden, sondern gehört in den Bereich der Aussen-(wirtschafts-)politik und der Entwicklungspolitik. Nur dort können Weichen gestellt werden, die auf eine Überwindung der Fluchtursachen hinwirken. «Echte» Asylpolitik muss zum Ziel haben, sich selbst überflüssig zu machen.

Hansjörg Braunschweig zeigte in seinem «Brief aus dem Nationalrat» in der Mai-Nummer 1986 der «Neuen Wege» Beispiele auf, welche Massnahmen eine sinnvolle Asylpolitik enthalten könnte: sei es die Verweigerung der Exportrisikogarantie, wenn sie Staaten betrifft, die Flüchtlinge produzieren; sei es das Koppeln von Krediten an die Einhaltung der Menschenrechte; sei es der Ausbau der entwicklungspolitischen Anstrengungen; sei es ein drastisches Waffenausfuhrverbot; seien es öffentliche Stellungnahmen des Bundesrates zu Verletzungen der Menschenrechte; sei es . . .

Eine Pressemeldung vom 14. Juni 1986 lautet: «Der Finanzminister Sri Lankas, Ronnie de Mel, hat am Freitag in Bern Bundesrat Otto Stich einen Besuch abgestattet. Anlässlich der Gespräche wurde auch der Wunsch Sri Lankas nach einem Mischkredit sowie einem weiteren Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit geäussert.» Da könnte der Bundesrat doch . . .

Das Engagement der asyl- und entwicklungspolitischen Kreise, die das Referendum tragen, sollte gerade auch Öffentlichkeitsarbeit in Richtung auf eine solche «echte» Asylpolitik umfassen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten und vor allem das Bundesamt für Aussenwirtschaft sollten vermehrt öffentlich zur Rede gestellt werden, was denn ihr Beitrag dazu sei, die Fluchtursachen zu bekämpfen, und ob sie ihre Verantwortung am Flüchtlingselend zu übernehmen gedächten.

Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe muss bestärkt werden im Bemühen, mit ihren Projekten und Programmen an der Basis strukturverändernd, d.h. auch fluchthemmend, zu wirken – übrigens ganz im Sinne des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1979. Es darf nicht dazu kommen, dass diese Direktion ins Abtragen des asylpolitischen Scherbenhaufens eingebunden wird und so von ihren Grundsätzen abrückt.

Diese Gefahr ist gross. So war z.B. im September 1985 von den sieben Grundsätzen der schweizerischen Asylpolitik die Rede, präsentiert von Bundesrätin Kopp, und in Punkt vier hiess es, Entwicklungsprojekte, die der Wiedereingliederung von rückkehrenden – sprich: rückgeschafften – Flüchtlingen dienten, seien ganz besonders zu unterstützen. Und im Zusammenhang mit einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Schweize-

rischer Entwicklungsdienste (unité) kam die Frage auf: Können private Organisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, bei den Rücksiedlungsprogrammen des Bundes mitwirken?

Dabei ist die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und diejenige der privaten Organisationen eh schon minim genug und im Vergleich zu den privatwirtschaftlichen Kapitalflüssen verschwindend gering. 1984 flossen insgesamt 7,86 Milliarden Franken in die «Entwicklungsländer», davon 7,13 Milliarden Privatkapital zu Marktbedingungen – das sind über 90 Prozent –, und nur 0,73 Milliarden entstammten der staatlichen oder privaten Entwicklungszusammenarbeit. Dieser minime Beitrag darf nicht noch von einer verfehlten, «unechten» Asylpolitik missbraucht werden. Apropos: Wann wurde von seiten des EJPD denn je die Forderung an die Schweizer Wirtschaft laut, auch sie sollte ihr Engagement in der Dritten Welt dahingehend ausrichten, dass weniger Menschen zur Flucht gezwungen seien?

Dabei soll auch die Fadenscheinigkeit, um nicht zu sagen Scheinheiligkeit, der Argumentation, wie sie vom Bundesrat betrieben wird, offengelegt werden: Scheinheiligkeit, weil die mitverantwortliche Wirtschaft mit keinem Wort erwähnt wird und die Opfer zu Schuldigen gemacht werden.

Missionsjahrbuch 1986: Exit – Exil – Asyl.

EPD. Die katholische Missionskonferenz der deutschen und rätoromanischen Schweiz und der Schweizerische Evangelische Missionsrat haben das Missionsjahrbuch 1986 herausgegeben. «Exit – Exil – Asyl: Menschen – Punkt!» stellt die Frage nach den Flüchtlingen und ihrem Elend: «Wann ist ein Fremder nicht mehr fremd?» Die Herausgeber erläutern dazu, dass es ihnen nicht darum gehe, die Not zu beklagen oder Schuldige anzuklagen. Vielmehr wolle das Buch allen Mut machen, die Fragen und Probleme rund um die Themen «Flüchtlinge – Asylwesen» offen und ehrlich anzuschauen.

Gleich zu Beginn werden die Leser zum Nachdenken aufgefordert: «Wie findet man heraus, ob jemand ein echter oder unechter Flüchtling ist?» Oder: «Was müsste passieren, damit ich meine Heimat verlassen würde?» Es folgen rund ein Dutzend kürzere oder längere Beiträge, die aus einer stets wechselnden Optik an das doch immer gleiche Thema herangehen. Einige Artikel zeigen auf, warum heute Afghanen oder Guatemalteken oder Südafrikaner fliehen müssen. Andere Beiträge problematisieren unseren Umgang mit den Asylanten oder berichten über die Schicksale von Menschen, die auf der Flucht und damit auf der Suche nach Leben und Sicherheit sind.

Die Redaktion unter Heidi Rudolf vom Informationszentrum St. Katharina in Basel hat auch den Kreis der Autoren weit gespannt. Sie hat Beiträge von namhaften Frauen und Männern gesammelt, dazwischen Texte von engagierten Schriftstellern aufgenommen, die Wichtiges zum Thema zu sagen haben. Das Mitgefühl des Lesers ist angesprochen. Die Darstellungen des Flüchtlingsproblems und -elends sind sorgfältig mit Daten und Zahlen belegt, und auch die graphische Aufmachung macht das Jahrbuch benutzerfreundlich. Eine Fülle von Hinweisen erleichtert den persönlichen Einsatz, ja fordert ihn geradezu heraus. (Missionsjahrbuch der Schweiz 1986, erhältlich bei: Schweizerischer Evangelischer Missionsrat, Missionsstr. 21, 4003 Basel, Fr. 11.–).